

Pressemitteilung

Online-Veröffentlichung des Berichts am 01.06.2020

Die brutale Seite der französischen Riviera

Rechtsverletzungen, Inhaftierungen und Abschiebungen gehören zum Alltag von Migrantinnen und Migranten an der französisch-italienischen Grenze, an der die Schwächen Europas das Leben der Menschen stark beeinträchtigen

29. Mai 2020 – Die Reportage *Die brutale Seite der französischen Riviera* wird am 1. Juni auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. Die Primärerhebung für das Projekt wurde an der Grenze zwischen Südfrankreich und Italien durchgeführt. In diesem militarisierten Gebiet der Europäischen Union schiebt Frankreich weiterhin Tausende Migrantinnen und Migranten ab und verstößt somit gegen ihre Menschenrechte und internationale Abkommen.

„Wenn du dich nicht wehrst, nimmt die Polizei deine Daten auf und lässt dich gehen. Ansonsten beleidigen sie dich und schlagen dich.“ So beschreibt ein Mann aus dem Sudan die Realität, mit der Migrantinnen und Migranten in der Gegend zwischen den Grenzstädten Ventimiglia und Menton konfrontiert sind. Vor der idyllischen Kulisse eines blauen Meeres und hoch aufragender Berge bedient sich die französische Polizei einer Reihe illegaler Praktiken wie rassistische Profilerstellung, Gewalt, Entwendungen und Inhaftierungen, um Migrantinnen und Migranten bei ihrem Einreiseversuch in Frankreich nach Italien zurückzudrängen.

Verschiedene migrantische Geschichten in der gleichen Situation

Die französische Polizei schiebt täglich rund 40 Migrantinnen und Migranten ab, deren Gesamtzahl sich allein im Jahr 2019 auf über 15.000 belief. Viele der abgeschobenen Personen stammen aus Subsahara-Afrika. Bei den meisten handelt es sich um sudanesishe Staatsangehörige, die zum großen Teil minderjährig sind. Sie kommen über das Mittelmeer nach Süditalien und durchqueren das Land, um im Norden an die französische Grenze zu gelangen. Andere wiederum, die in erster Linie aus Kurdistan, Afghanistan und Pakistan stammen, darunter viele Minderjährige, benutzen die Balkanroute.

Ein großer Teil der Migrantinnen und Migranten an der Grenze, insbesondere aus Guinea, Gambia, Mali und dem Senegal, haben bereits Jahre in Italien verbracht. Trotz ihres rechtmäßigen Aufenthaltsstatus bleiben wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Inklusion für sie unerreichbar, da es an einem Aufnahmesystem, Integrationsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen fehlt. Mit der Verabschiedung des italienischen Sicherheitsdekrets im Dezember 2018 hat sich ihre Situation weiter verschärft.

Die Menschen stammen aus den unterschiedlichsten Kulturen und Ländern. Was sie jedoch vereint, ist der Wunsch, mit allen erdenklichen Mitteln – per Zug, versteckt in einem Bus oder Lkw oder zu Fuß auf einem gefährlichen Weg durch die Berge – die Grenze zu überqueren.

Eine Grenze, viele Rechtsverletzungen

Die Rechte von Minderjährigen werden an der Grenze ständig verletzt. „Die französische Polizei schiebt Minderjährige ab“, erklärt die Waldenser Diakonie, die vor Ort ein Projekt zur Grenzbeobachtung durchführt. Nach einer Besichtigung der Polizeieinrichtungen in der französischen Stadt Menton verurteilte der französische Generalkontrolleur der Orte des Freiheitsentzugs die Tatsache, dass Menschen unter Zwang „in heruntergekommenen, unhygienischen Gebäuden“ festgehalten werden, „in denen sie keinen Platz zum Hinlegen haben“, während Essen und Wasser nur nach Gutdünken der Polizei bereitgestellt werden.



Viele Migrantinnen und Migranten, die teilweise sogar in Frankreich leben, berichten davon, dass ihnen persönliche Gegenstände und Unterlagen entwendet werden. „Die Polizei zerreißt oft Ausweispapiere von Personen, die eine französische Aufenthaltsgenehmigung oder einen laufenden Asylantrag in Frankreich haben“, erklärt ein Aktivist der internationalen Basisbewegung Kesha Niya, die an der Grenze abgewiesene Migrantinnen und Migranten unterstützt. Die französische Menschenrechtskommission bezeichnet die in der Gegend beobachteten Praktiken als „unmenschlich“.

Politische Propaganda anstatt institutionelle Verantwortung

„Sie verfolgen uns, um uns Angst einzujagen. [...] Je häufiger sie Anklage gegen uns erheben, desto stärker wird unser Aktivismus“, so die Aktivistin von Amnesty International Martine Landry, die vor Gericht steht, da sie zwei ausgewiesenen Minderjährigen aus Gambia geholfen hat. Zahlreiche Personen, die in Vereinigungen und Basisbewegungen engagiert sind, stehen wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung unter Anklage.

Außer bei der Kriminalisierung von solidarischem Handeln, sind die Institutionen nicht sichtbar. In der italienischen Stadt Ventimiglia gibt es kein Aufnahmesystem. Der einzige Ort, an dem sich Migrantinnen und Migranten legal aufhalten können, ist das vom italienischen Roten Kreuz geleitete Geflüchtetenlager "Camp Roya". Das weit von der Stadt abgelegene Containerlager beherbergt rund 200 Menschen, die unter äußerst prekären Bedingungen und ohne den erforderlichen Schutz vor kriminellen Aktivitäten leben - vom Schmuggler bis zum Menschenhandel. Obwohl ihre Notsituation seit Jahren angeprangert wird, gehen die Rechtsverletzungen weiter. Die Tatsache, dass nichts gegen diese gravierenden Praktiken im Herzen Europas unternommen wird, ist ein deutlicher Hinweis auf die mangelnde Solidarität und gemeinsame Verantwortung der europäischen Länder in der Migrationsfrage: die Kontrolle der Grenzen kommt vor den Menschenrechten.

Der Bericht *Die brutale Seite der französischen Riviera* ist ab dem 1. Juni auf der Website der RLS Büro Brüssel verfügbar: www.rosalux.eu/reportage-on-the-italian-french-border

2/2

Anna Dotti wurde 1989 in Rom geboren. Sie verfügt über einen Master-Abschluss in Philosophie, den sie im Rahmen ihrer Studien an der Sapienza-Universität in Rom und an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena erlangte. Nach ihrer Tätigkeit im Bereich Migration und Menschenrechtsschutz, vor allem im Kommunikations- und Informationssektor, begann sie als freie Journalistin für Online-Zeitungen in Italien zu schreiben. Heute lebt sie in Hamburg und berichtet über Themen aus den Bereichen Migration, Menschenrechte und Soziales. Kontakt: anna.dotti@gmx.net.

Serena Chiodo wurde 1984 in Carate Brianza in der Provinz Mailand geboren. Sie verfügt über einen Master-Abschluss in Kommunikations- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Migration. Sie setzte ihre akademische Ausbildung mit Studien in den Fächern Kommunikation und internationale Beziehungen und angewandte Sozialwissenschaften fort. Sie ist seit Jahren auf dem Gebiet der Migration und des Schutzes der Menschenrechte tätig, vor allem in den Bereichen Interessenvertretung, Forschung und Kommunikation. Derzeit lebt sie als freie Journalistin in Rom und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Migration, Menschenrechten und sozialen Fragen. Kontakt: serena.chio@gmail.com.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei „Die Linke“ nahe. Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität. Das Büro Brüssel beschäftigt sich in seiner Funktion als Think-Tank mit europäischen und internationalen Fragen, die für die heutige Gesellschaft von Relevanz sind. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellte Fördermittel für die Erstellung dieses Berichts bereit.

